Mushası 5 Kuruştur
ABONE
Dahil için: Aylık 1 75. Üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.
Harıç İçin: Aylık 5. Üç aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre.)
İlânât
1. Sahifede: santimetresi 100 Kuruş
2. » » 75 »
3. » » 50 »
4. » » 30 »
İdarehane:
Tekke Cadesi No 585ve 587
Telgraf adresi Türkpost
Telefon Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
BEZUGSPREIS
Inland 1 Monat 1 75 T Pfd 3 Monate 4.75 T Pfd 6 Monate 8 50 T Pfd, 12 Monate 15 - T. Pfd Ausland 1 Monat 5 R.-Mark, 3 Monate 13 R.-Mark, 6 Monate 25 - R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto Inserate 1 Seite 1 cm 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch
(INLANDSPREISE)
Geschaftsleitung
Tekke - Strasse Nr 585-587
Drahtanschr - Turkpost
Fernspr Pera 209 u 210
Postfach Galata 209

5 Jahrgang Nr. 27 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Montag, 27. Jan. 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Vom Tage.

—o—

Die Auflösung des japanischen Parlaments ist eine Folge der unmöglichen Lage, in der sich die Regierungspartei befunden hat. Ministerpräsident Hamagutschi, der Führer der Minseito-Partei, hatte sich trotz aller Bemühungen gegen die Seiyukai, die stärkste Oppositionspartei, nicht durchsetzen können, sodass die Parlamentsauflösung und die Neuwahlen die einzige Möglichkeit für eine Mehrheitsbildung in Japan sind. Während die Regierungspartei nur über 170 Sitze verfügt, stand ihr die Opposition der Seiyukai mit 244 Sitzen gegenüber. Unter diesen Umständen war Hamagutschis Lage sehr schwierig. Er hatte versucht, eine radikale Sparpolitik im ganzen Lande durchzuführen, ein Programm, das lebhafte Proteste der Opposition zur Folge hatte, und seine Stellung mehr und mehr gefährdete. Die allzu rigoroseAnwendung der Sparmassnahmen schuf der Regierung immer mehr neue Gegner. Zwar hatte sich Hamagutschi auf Grund der allzu lauten Klagen dazu verstanden, einen Teil des Programms wieder zu streichen. So wurden z. B. von 10 gestrichenen Eisenbahnbauten die Hälfte wieder in den Haushaltsplan eingesetzt. Ausserdem musste die vorgesehene Kürzung der Gehaltsbezüge der Staatsbeamten in Höhe von 10 v. H. wieder zurückgezogen werden, da die Beamten diesem Sparprogramm keineswegs willige Gefolgschaft leisten wollten. So hat sich

Wir beginnen morgen mit unserem neuen Roman:

Der Mann mit der Pranke.

von Friedrich Zeckendorf

im ganzen gesehen, Hamagutschis Sparprogramm als nicht durchführbar erwiesen.

Eine weitere Schwächung der ohnehin nicht starken Position erfuhr die Regierung durch ihren innerpolitischen Kampf gegen die Seiyukai-Partei. Man war mit allem Eifer daran gegangen, alle möglichen Skandale der Gegenpartei aus ihrer Regierungstätigkeit aufzudecken, wodurch zunächst die Popularität der Seiyukai erheblich zu leiden hatte. Dabei waren aber die Räder ins Rollen gekommen und die Entwicklung ging weiter. Sehr zum Schaden der Minseito-Partei selbst, die schliesslich von ihren Enthüllungen selbst betroffen wurde, da die Untersuchungen auch mehrere Mitglieder der jetzigen Regierung belasteten. Dadurch hatte die Gegenpartei wieder Trümpfe in die Hand bekommen. Bekanntlich war in diesem Zusammenhang der Kultusminister zurückgetreten, während der Verkehrsminister eine sehr zweideutige Rolle bei Eisenbahnschiebungen gespielt hatte. Dadurch hatte sich das letzte Kabinett selbst geschädigt. Die politische Atmosphäre ist durch den innerpolitischen Bruderkampf vergiftet, und es ist sehr fraglich, ob die kommenden Neuwahlen eine Reinigung bringen. Die Opposition hat dabei nicht viel zu gewinnen und auch die bisherige Regierungspartei sieht sich durch die jetzige Auflösung einer unberechenbaren Lage gegenüber. Dazu kommt, dass die Wahlen in Japan mit allen möglichen Mitteln, die oft recht skrupellos sind, beeinflusst werden, sodass es sehr fraglich ist, ob die Minseito-Partei bei Neuwahlen so viel Sitze gewinnt, wie zu einer sicheren Regierungspolitik nötig wären.

Die Südpolexpedition Byrd.

Washington, 26. Jan. (A.A.)

Nach den aus derAntarktis einlaufenden Meldungen droht die Südpolexpedition Byrd vomEise blockiert zu werden. Die Expedition hat drahtlich um die Entsendung von Eisbrechern gebeten.

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 50 75 Piaster.

Die französischen Sozialisten.

Paris, 25. Januar (A.A.)

Hier wurde ein ausserordentlicher Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs eröffnet.

Paris, 26. Jan. (A.A.)

Hier ist gestern der außerordentliche Parteitag der Französischen Sozialistischen Partei eröffnet worden. Ramadier schlug vor, daß die Delegierten zu Beginn einer Resolution zustimmen möchten, wonach die auf dem Parteitag zur Debatte stehenden Probleme nur solche taktischer und nicht grundsätzlicher Art sind. Paul Boncour erklärte, daß er die Entscheidung der Partei abwarten werde, daß er sich aber auf jeden Fall von denjenigen trennen werde, die eine Annäherung an die Kommunisten anstreben oder die die Notwendigkeit der Landesverteidigung verneinen. Renaudel, der Parteigänger der Aufrechterhaltung der Parteieinheit, weigerte sich in aller Form, das „Spiel der III. Internationale zu spielen". Compere-Morel erklärte, daß er nicht grundsätzlicher Gegner einer Beteiligung der französischen Sozialdemokratie sei, daß er aber den gegenwärtigen Augenblick hierzu für ungeeignet halte. Die Partei müsse ihre Kraft für die Zukunft sparen.

Lohnkonflikt in der französischen Metallindustrie.

Belfort, 26. Januar (A.A.)

6500 Arbeiter sind infolge eines Lohnkonfliktes in den Streik getreten. Die Bewegung hat sich auch auf die Arbeiter einer Baumwollspinnerei ausgedehnt.

Meuterei auf einem Gefangenendampfer.

Paris, 26. Januar.

Wie erst jetzt bekannt wird, brach auf dem Dampfer „La Martinière", der die zu Zwangsarbeit verurteilten Verbrecher nach Cayenne überführen sollte, eine Meuterei aus, die beinahe einem wachthabenden Beamten das Leben gekostet hätte. Bekanntlich sind die Verbrecher in grossen Käfigen untergebracht, die Raubtierzwingern sehr ähnlich sehen. Einer der Wärter stand vor einem Zwinger, dem er den Rücken zuwandte. Plötzlich fühlte er sich von hinten gefasst. Die Gefangenen hatten durch das Eisengitter den Rockschoss des Wärters ergriffen und ihn zu sich herangezogen. Im Augenblick hatten sie ihm seinen Revolver abgenommen, der glücklicherweise ausserhalb des Zwingers niederfiel. Nun fassten sie den Wärter an der Kehle und versuchten ihn zu würgen. Erst ein zufällig vorübergehender zweiter Aufsichtsbeamter konnte seinen bereits besinnungslosen Kollegen von der Umklammerung befreien. Der Hauptanstifter wurde sofort in einer Einzelzelle untergebracht, während die übrigen zur Strafe vier Tage trockenes Brot und Wasser erhielten. Es wurde ihnen angedroht, daß sie bei der geringsten Bewegung mit heissem Dampf gedusch würden.

Mexiko bricht mit Russland.

Mexiko City, 26. Jan. (A.A.)

Die mexikanische Regierung hat wegen der vor ihren Botschaften in Washington, Buenos Aires und Rio de Janeiro veranstalteten kommunistischen Kundgebungen die Beziehungen zu Rußland abgebrochen und ihren Botschafter aus Moskau zurückgerufen.

U. S. A.

Newyork, 25. Jan. (A.A.)

In San Franzisko drangen zwei maskierte Banditen mit erhobenen Revolvern in einem der vornehmsten Stadtviertel in eine elegante Teegesellschaft ein, fesselten dieGäste und raubten mehrere Tausend Dollars in Noten und zahlreiche wertvolle Schmuckstücke. Sie entkamen unerkannt.

Chicago bankerott?

Chicago, 25. Jan. (A.A.)

Die Stadt Chicago macht gegenwärtig eine schwere Finanzkrise durch und kann im Augenblick nicht einmal ihren Beamten die fälligen Gehälter bezahlen. Auf die Bitte des Gouverneurs haben mehrere reiche Geschäftsleute 20 Mill. Dollars unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, daß die Stadt in Zukunft bestimmte Ersparnisse macht und nur rentable Geschäfte unternimmt. Von den vier Verwaltungsdiensten der Stadt hat jedoch bisher nur einer diese Bedingungen angenommen.

Vor einem endgültigen Rücktritt Weniselos'?

Der innerpolitische Wirrwarr in Griechenland.

Athen, 26. Januar.

In Griechenland gestaltet sich die innenpolitische Lage von Tag zu Tag verworrener. Um der tatsächlich oder eingebildeten kondylistischen Gefahr Herr zu werden, hat die Regierung jetzt sogar den früheren, sehr fähigen Generalstabschef General Plastiras, der sich zurzeit in Kairo aufhält, aufgefordert, beschleunigt nach Griechenland zurückzukehren. Kommt Plastiras zurück, dann wären in Athen zwei politische Generäle anwesend, während sich der verantwortliche Leiter der griechischen Geschicke, Weniselos im Haag aufhält, sodass de facto, zurzeit von irgendeiner Regierungsgewalt in Athen nicht gesprochen werden kann.

Die Lage ist in jeder Hinsicht angeklärt, und das merkwürdige Verhalten des Ministerpräsidenten öffnet den wildesten Gerüchten undVermutungen Tür und Tor. Ursprünglich hatte er auf die Nachricht von der Rückkehr seines alten Gegners, des Generals Kondylis, seinen Aufenthalt im Haag abkürzen wollen. Als die Regierung ihm aber telegraphisch mitteilte, dass die Kondylis-Partei allem Anschein nach viel stärker sei, als man bisher angenommen, verschob er seine Rückkehr aus dem Haag und teilte mit, dass er bis zum Schluss der Konferenz dort verbleiben würde.

Für diesen sonderbaren Entschluss gibt es zwei Erklärungen, die in Athen zurzeit eifrig kommentiert werden. Nach der einen Lesart soll Weniselos sein Spiel bereits verloren gegeben und Kondylis freie Hand gelassen haben. Und zwar aus folgendem Grunde: Für Weniselos hängt ausserordentlich viel davon ab, die griechischen Schulden- und Reparationsfragen zu einem guten Ende zu bringen. Aus diesem Grunde reiste er auch persönlich zur ersten Haager Konferenz, obgleich gleichzeitig in ganz Griechenland die Gemeindewahlen stattfanden, die in Abwesenheit des Ministerpräsidenten mit seiner vernichtenden Niederlage endeten. Wäre Weniselos damals in Athen geblieben, hätte er die Wahlen sicher zu seinen Gunsten „gestalten" können und auch „gestaltet". Ausserdem bestand aber für ihn gar keine Möglichkeit, im Haag das Gewicht seiner Persönlichkeit in die Wagschale zu werfen, um die für Griechenland dringend erforderlichen finanziellen Erleichterungen herauszuschlagen. Hätte er im Haag Erfolge errungen, dann hätte der Wahlerfolg seiner Gegner bei den lokalen Gemeindewahlen keine Rolle gespielt. Leider aber blieb der Erfolg für Weniselos im Haag aus: Er handelte nichts anderes ein, als leere Versprechungen, die er aber in einen positiven Erfolg umfälschte. Das Gleiche wiederholte sich bei der zweiten, derzeitigen Haager Konferenz — Kondylis stand bereits ante portas und hatte in seiner Presse keinen Zweifel über seine Absichten gelassen, sodass Weniselos wiederum vor die Wahl gestellt war: Entweder in Athen zu bleiben und den bevorstehenden Kampf mit Kondylis aufzunehmen, oder im Haag zu fehlen, und dort den Dingen ihren, für Griechenland sicher dann erst recht ungünstigen Lauf zu lassen. In allerletzter Minute entschloss er sich, doch nach dem Haag zu gehen. Die Abreise wurde so geheimgehalten, dass man in der Hauptstadt erst von der vollzogenen Tatsache erfuhr.

Allerdings fehlte es auch nicht an Stimmen, die von einem abgekarteten Spiel zwischen Kondylis und Weniselos sprechen. Danach beständen zwischen Weniselos und seinem alten Gegner gewisse Abmachungen, die auf den ersten Blick vielleicht phantastisch anmuten, die aber auf dem Balkan ganz gang und gäbe sind und die zum Verständnis der derzeitigen Kabalen und Intrigen kurz skizziert werden müsen. Danach hat Weniselos in der Voraussicht eines Haager Misserfolges Kondylis vorgeschickt mit dem Auftrag, dem friedliebendenTeil der Bevölkerung, in Sonderheit den Weniselisten, einen drohenden Putsch vorzuspielen. Dieser drohende Putsch soll dann als Auswirkung der Haager Reise hingestellt werden. Um das Aeusserste abzuwenden, wird Weniselos als Retter des Vaterlandes in letzter Minute herbeieilen, die Zügel der Regierung wieder in Hand nehmen und den „Ruhestörer" Kondylis durch Verleihung eines Amtes unschädlich machen. Dieser Plan würde in jeder Hinsicht der Mentalität des Ministerpräsidenten entsprechen und hat doch trotz seiner Unwahrscheinlichkeit manches für sich.

Auf alle Fälle wird man gut daran tun, die weitere Entwicklung der Dinge in Griechenland scharf im Auge zu behalten, auch wenn Griechenland nur ein ganz unbedeutender Faktor in der Balkanpolitik ist. Kommt aber wieder eine Generalsregierung ans Ruder, so wird diese Regierung naturgemäss bestrebt sein müssen, nun ihrerseits wieder mit „Erfolgen" aufzuwarten. Gelegenheiten und Möglichkeiten dazu gibt es genug. Von jeher war das Frühjahr der kritischste Zeitpunkt auf dem Balkan. Es sei nur daran erinnert, dass Griechenland auch mit Albanien noch eine ganze Reihe von Streitfragen zu löser hat. Stirbt Achmed Zogu über kurz oder lang eines natürlichen oder unnatürlichen Todes, dann beginnt in und um Albanien der Kampf Aller gegen Alle — ein Kampf, bei dem dann auch Griechenland nicht fehlen wird.

Weniselos wieder in Athen.

Athen, 26. Januar.

Der griechische Ministerpräsident Weniselos ist gestern wieder in Athen eingetroffen.

Blutige Zusammenstösse zwischen Mohammedanern und Hindus.

Allahabad, 26. Jan. (A.A.)

Während einer im Bezirk Gorakhpur stattgehabten Wahl kam es zu Zusammenstössen zwischen Mohammedanern und Hindus, in deren Verlauf 3 Mohammedaner getötet und 29 verletzt wurden.

Aufforderung zum Steuerstreik in Indien.

London, 26. Januar.

Wie aus Bombay gemeldet wird, hat der Bruder des Präsidenten der Indischen Gesetzgebenden Versammlung, Vallabhbhai Patel, der bereits im letzten Jahre der Führer der Aufstandsbewegung in Bardoli war, die Landwirte im Bezirk von Kaira aufgefordert, entsprechend den Beschlüssen des Allindischen Kongresses in Lahore solange keine Steuern an die Regierung abzuführen, bis diese den Wünschen der Inder entgegenkomme. Es müsse mit allen Mitteln für eine Aenderung des jetzigen Regierungssystems, das die Wurzel allen Uebels sei, gekämpft werden.

Todesstrafe gegen Kommunisten in Korea.

Tokio, 26. Januar.

Um der kommunistischen Gefahr in Korea zu begegnen, hat der japanische Generalgouverneur in Söul die Todesstrafe für Kommunisten eingeführt. Diese Massnahme ist damit begründet, dass in der letzten Zeit die kommunistische Propaganda in Korea sehr stark zugenommen habe. Zur Sicherung der bestehenden Verhältnisse habe sich der Generalgouverneur veranlasst gesehen, die Todesstrafe für alle kommunistischen Delikte zu verhängen, um auf diese Weise die kommunistische Bewegung auszurotten. Die Einführung der Todesstrafe hat bereits am 12. Januar Gesetzeskraft erlangt.

Einfuhrverbot von Papageien auch in Nordamerika.

Washington, 25. Jan. (A.A.)

Auf Empfehlung des Ministeriums für Volkshygiene hat infolge der in der letzten Zeit aufgetretenen Papageienkrankheit in Nordamerika Präsident Hoover ein Einfuhrverbot für Papageien aus Südamerika erlassen.

Aus Deutschland.

—o—

Schweres Strassenbahnunglück in Stettin.

Stettin, 26. Januar. (A.A.)

Ein Strassenbahnzug entgleiste in voller Fahrt und rannte gegen eine Mauer. 8 Personen wurden getötet und 24 verletzt.

Im Mai 1930 Zeppelinflug nach Südamerika.

Berlin, 26. Januar.

Wie der „New York Herald" zu berichten weiss, hat Dr. Eckener der „United Press" folgende interessante Angaben über seine Reisepläne im Frühjahr 1930 gemacht. Danach hat er infolge des Nichtzustandekommens des Polfluges eine Südamerikareise in Aussicht genommen. Dr. Eckener wird von Friedrichshafen nach Sevilla, Pernambuco und Rio de Janeiro fliegen. In Sevilla soll ein Aufenthalt von 12 Stunden vorgesehen sein, um Post, Fahrgäste und Brennstoff aufzunehmen. Von dort aus geht es nach Pernambuco, wo ein Ankermast zur Verfügung steht. Falls in Rio noch rechtzeitig ein Ankermast errichtet werden kann, soll dort auch Station gemacht werden. Andernfalls wird Rio nur überflogen und nach Pernambuco zurückgekehrt. Nach der Brennstoffergänzung wird sofort die Rückreise nach Deutschland angetreten. Dr. Eckener erklärte, dass die finanzielle Seite dieser Reise noch nicht ganz geklärt sei, aber es bestände Aussicht, die nötigen Mittel aufzubringen. Die technischen Vorbereitungen würden im März beendet sein, worauf noch Probefahrten stattfinden sollen.

Deutschlands neue Schönheitskönigin.

Berlin, 26. Januar.

Im Hotel Kaiserhof ist unter grosser Beteiligung die deutsche Schönheitskönigin für 1930 gewählt worden. Die Wahl fiel auf die 18 jährige Schauspielerin Dorrit Nitykowsky, eine schlanke, blonde Berlinerin. Frl. Nitykowsky, der der Titel einer „Miss Germany" zuerkannt wurde, wird Deutschland zunächst auf der am 3. Februar in Paris stattfindenden europäischen Schönheitskonkurrenz und später auf der Weltschönheitsschau in Rio de Janeiro, wo bekanntlich der Titel „Miss Universum" einschliesslich eines Preises von 10 000 Dollar vergeben wird, vertreten.

Diskontermässigungen.

Wien, 26. Jan. (A.A.)

Die Oesterreichische Nationalbank hat ihren Diskont auf 7 pCt. herabgesetzt.

Auch die Ungarische Nationalbank setzte ihren Diskont von 7,5 auf 7 pCt. herab.

Das Bandenunwesen in China.

Peking, 26. Januar.

Chinesische Banditen überfielen in Südchina, in der Nähe des Bahnhofes Junau einen Personenzug, den sie mit Handgranaten bewarfen, wobei zwei Soldaten getötet und neun verletzt wurden. Dieselbe Bande überfiel dann noch einen D-Zug in derselben Gegend. Der Zug wurde zum Stehen gebracht, die Reisenden ausgeplündert und sechs reiche Kaufleute entführt. Die chinesische Regierung hat alle nötigen Massnahmen ergriffen, um das Banditenwesen zu bekämpfen und die Sicherheit auf den Eisenbahnen wiederherzustellen.

Die spanischen Professoren treten für die Studenten ein.

Madrid, 25. Jan.

Die Professoren der hiesigen Universität beschlossen nach längeren Beratungen, der Regierung mitzuteilen, daß sie ihre Aemter niederlegen werden, wenn nicht binnen 24 Stunden die Forderungen der Studenten erfüllt werden.

Zum Winterschachturnier in San Remo.

San Remo, 25. Jan.

An der Spitze des Internationalen Schachturniers steht nach der 7. Runde mit 5,5 Punkten der Schachweltmeister Alechin. Ihm folgt Tartakower mit 4 und Boboljubow, Ninzowitsch und Rubinstein mit je 3,5 Punkten. Alechin dürfte Sieger des Turniers werden.

Die innerpolitische Lage Oesterreichs.

—o—

Von besonderer österreichischer Seite.

Wien, 20. Januar.

Seit Jahresanfang ist Oesterreich innerpolitisch in lebhaftester Bewegung. Die in den Monaten des Verfassungskampfes festgeschlossene Front der drei bürgerlichen Parteien — Christlichsoziale, Grossdeutsche und Landbund — zeigt plötzlich Sprünge und Risse, die sich immer erweitern und bei Fernerstehenden den Eindruck erwecken müssen, als ob das Gebäude der bürgerlichen Mehrheit, mit der Oesterreich gegenwärtig regiert wird, stündlich zusammenbrechen und unter sich auch die Regierung begraben könnte. Eine Darstellung des tatsächlichen Sachverhaltes ist in diesem Momente daher notwendig

Mit dem Wiedereintritt Dr. Seipels in die aktive Politik, der er längere Zeit aus gesundheitlichen Rücksichten ferne bleiben musste, ist sofort stärkste Bewegung in das starr gewordene Bild der österreichischen Innnenpolitik getragen worden. Dr. Seipel, der die Führung der christlichsozialen Partei in den ersten Tagen des neuen Jahres wieder übernahm, hat am 8. Jänner eine aufsehenerregende Rede gehalten, in der er seine Gedanken über die Durchführung der ständischen Idee in Oesterreich entwickelte; die Verfassungsfrage wurde damit wieder ins Rollen gebracht und ein weiterer Schritt auf dem Wege einer grundlegenden Reform des Parlamentarismus vorbereitet. Seipel, der auch in seinem soeben erschienenen Buch „Der Kampf um die österreichischeVerfassung" den ständischen Gedanken behandelt, lehnt einen Entwurf wie ihn die kürzlich beschlossene Verfassungsreform enthält, insofern ab, als er den Ständerat von dem Klassenkampfgedanken dadurch völlig reinigen will, dass die Arbeitnehmer in die Berufsstände eingeordnet und die Bildung eigener Arbeitnehmergruppen verworfen werden. Dass das Auftreten Seipels von der gesamten Linken heftig bekämpft wird, ist nicht weiter verwunderlich; sachliche und persönliche Motive erklären die vielfach leidenschaftlichen Angriffe, denen der Führer derChristlichsozialen Partei seit seinem Wiederauftreten auf der politischen Bühne ausgesetzt ist. Bemerkenswerter und — wenigstens für den Fernerstehenden — auffallender ist die Tatsache, dass sich die grossdeutsche Partei in kaum weniger heftiger Form gegen Dr. Seipel wendet und hierbei zu persönlichen Wendungen greift, wie man diese sonst nur im Lager der Linken gewöhnt war. Plötzlich erschien hier eine einheitliche Front der Sozialdemokraten undGrossdeutschen hergestellt. Es ergibt sich also der geradezu groteske Zustand, dass Parteien in einer Regierungskoalition sitzen und einander in grundlegenden Fragen bekämpfen; denn die christlichsoziale Partei stellte sich inzwischen in aller Form geschlossen hinter Seipel und auch der Führer der christlichsozialen Gewerkschaften, Kunschak, der in den letzten Monaten (namentlich in der Heimwehrfrage) eigene Wege zu gehen begann, hat in einer öffentlichen Erklärung dem Ständegedanken Seipels voll zugestimmt. So zeigen die Christlichsozialen unter Führung Seipels wieder das Bild starker Geschlossenheit, gegen die die grossdeutsche Partei, die sich in ihrer wichtigen Bannerparole vom Ständestaat durch den Griff Seipels beraubt fühlt, hauptsächlich aus diesem Grunde im heftigsten Ansturm steht.

Aber nicht nur im Verhältnis zwischen den genannten beiden Parteien klafft ein Spalt, der eines Tages — eines Wahltages — ein Abgrund werden wird, auch der Landbund ist mit den Christlichsozialen nichts weniger als ein Herz und eine Seele. Wenn sich schon in Kulturfragen der Landbund wiederholt von seinen christlichsozialen Koalitionsgenossen trennte und mit den Sozialdemokraten marschierte (bei einer jüngsten Bauernkammerwahl wurde der Landbundkandidat bereits